

# Fragen zum geplanten Windpark in Investorenhand 16.02.22

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert, sehr geehrte Gemeinderät:innen,

Nach den von der Stadt offiziell als Fakten veröffentlichten Angaben vom 14.02. hier die Berechnung des Ertrags der 5 Windräder wären sie sinnvollerweise in Bürgerhand:

Gerundet 2500 H x 6000 KW = 15.000.000 KWH = 15 Gigawatt/Windrad. Bei lokal verbrauchtem Strom sollten 20 € cent/KW gut möglich sein, daraus ergibt sich ein Ertrag/Windrad von 15.000.000 x 0,20 = 3.000.000.- €/anno. Bei 5 Windrädern demnach 15.000.000.-€/anno, in 20 Jahren 300.000.000.- Millionen Euro! Minus ca. 30.000.000.-€ Windradkosten = **Ertrag 270.000.000.- €**

Dem stehen nun etwa 1,410.000.-€/anno, 28.200.000.-€ in 20 Jahren gegenüber!!!! Zurückgerechnet ergäbe dies eine Vergütung von weniger als 1,88 € cent/KW!!!!!! Wo ist da der Sinn? Wer steckt den Rest in der BayWa Variante in die Taschen? Wo bleibt der Bürger? Wo geht der Rest bis zum derzeitigen Strompreis von über 30 €/cent hin?

Beispielhaft habe ich mal berechnet was alleine in den 75 GW an CO2 Steuer steckt, die auf die Bürger zukommen:

75 GW entsprechen etwa 37,5 Millionen Liter Diesel, ergibt bei 17,34 € cent etwa 6.502.500.- € CO2 Steuer allein für 2025! Diese Steuerlast steckt in diesen 75 GW, und die steigt stetig weiter!

Angesichts dieser Schwindelerregenden Zahlen und der qua ihres Amtes eingegangenen Verantwortung als Bürgervertreter:innen gegenüber den Bürger:innen, den Nutzen des Bürgers zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, muss ich geradezu zwangsläufig folgende Fragen stellen:

1. Warum beharren Bürgermeister und Gemeinderäte:innen auf der BayWa Variante?
2. Die geplante Abstimmung über den Bau der Windräder ist nichts anderes als eine Wahl. Was aber ist eine Wahl, wenn dem Bürger:in das Wichtigste vorenthalten wird??
3. Es ist stets von ‚Bürgerenergie‘ zu lesen. Die Zahlen der Ertragsberechnung sind für mich atemberaubend, warum soll dieses Geld dem Bürger vorenthalten werden?
4. Seit 10 Jahren liegt ihnen der Katalog ‚Bürger machen Energie‘ des Landes BW vor. Warum wird dieser ignoriert?

Ein Zitat daraus:

„Die kommunale Wertschöpfung, d.h. die finanziellen Gewinne für die Region, ist in einem Bürgerwindpark um ein vielfaches höher als bei reiner Verpachtung der Fläche an ext. Investoren.“

5. Wie ist das mit der geplanten Lösung vereinbar? Ich könnte das nicht mit meinem Gewissen vereinbaren!
6. Warum auf das Zehnfache verzichten?
7. Warum soll dieses Geld in die Taschen der Mrd.-schweren Konzerne fließen und nicht vor Ort bleiben?
8. Wie können Windräder angesichts dieser Zahlen überhaupt unrentabel sein?
9. Hat die Stadt Eberbach meine einfachen Berechnungen auch selbst durchgeführt?
10. Wenn ja, vielleicht ist es mir entgangen, wurde den Bürger:innen diese Variante als Alternative vorgestellt?
11. Wenn nein, weshalb nicht?
12. Wird in der geplanten Broschüre auch die Bürgervariante mit meinen Zahlen abgedruckt sein, um den Bürgern eine öffentliche, freie und demokratische Entscheidung zu ermöglichen?
13. Falls nein, warum nicht?
14. Wie sollen die Bürger:innen vor den kommenden gewaltigen CO2 Bepreisungen geschützt werden?
15. Die oben berechneten 6.502.500.- € CO2 Steuer allein für 2025! Was will die Stadt dagegen tun?
16. Gibt es CO2 Zertifikate für den selbsterzeugten und Strom? Wenn ja, bei Variante BayWa und Variante Bürgerenergie gleich viel?
17. Wäre es nicht wichtig und sinnvoll mit anderen Städten und Gemeinden zusammenzuarbeiten um das selbstgesteckte Ziel der Klimaneutralität nicht nur auf dem Papier zu haben?

## Fragen zum geplanten Windpark in Investorenhand 16.02.22

---

18. Würde eine solche Zusammenarbeit nicht die Position aller Beteiligten deutlich stärken?
19. Wäre dies nicht eine win-win-win Situation für alle? Bürger:innen, Umwelt, Städte und Gemeinden?
20. Aus der Projektbeschreibung des „Forum Energiedialog“ geht eindeutig hervor, dass der Bürger nur aus Optionen der Variante BayWa auswählen kann.
21. Basieren die angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten auf Nachrangigkeit, dass im Falle einer Insolvenz des Betreibers oder ähnlichem, die Anleger ihr Geld verlieren?
22. Falls ja, wird den Bürgern das auch eindeutig vermittelt?
23. Wäre es nicht viel sicherer für Stadt und Bürger die Windgeneratoren in Eigenregie zu stellen?
24. Sind Sie als vom Bürger gewählte Bürgervertreter nicht in der Pflicht, das Beste für die Stadt und seine Bürger heraus zu holen?
25. Wo wäre das Risiko bei dieser Variante bei diesen Erträgen, selbst wenn sie nicht ganz so hoch wären?
26. Für das Ziel der Klimaneutralität muss viel investiert werden, wie z.B. in Stromspeicher um eine dezentrale Stromversorgung im Verbund mit Nachbarstädten und Gemeinden. Gibt es hierzu schon Pläne?
27. Was haben die Klimawerkstatt, PrimaKlima und Klimaschutzmanagerin für Handlungsmöglichkeiten und Vollmachten?
28. Wie kann im Dorfgemeinschaftshaus in Brombach angesichts des eigenen Ziels zur Klimaneutralität, des eigenen Propagierens für Wind- und Solarenergie, des Klimawandels, der enorm steigenden CO2 Steuer, möglicher Bürgerwindräder mit eigenem Strom überhaupt noch Öl oder Gas(siehe weiter unten) zur Debatte stehen? Fast 1 Million für eine Heizanlage, wie das denn?  
Das macht die Stadt doch komplett unglaubwürdig!
29. Ich hatte Herrn Bürgermeister Reichert im Juli 2021 mitgeteilt, dass zwei von mir kontaktierte Firmen Interesse an Pilotprojekten in Eberbach hätten. Einmal neue Technologie für PV-Elemente, einmal für einen Vanadium freien Redox-Flow Stromspeicher. Beides junge deutsche Firmen, mit Innovationspreisen bedacht. Eine große Chance für Eberbach, unerlässlich für das angestrebte Ziel der Klimaneutralität! Ich habe seither nichts mehr gehört. Wie ist da der aktuelle Stand?
30. Besteht nicht ein Interessenskonflikt, wenn Herr Bürgermeister Reichert gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke ist? Kann das nicht sogar problematisch werden?
31. Sind von Stadtseite Aktionen gegen der Bürgerenergiegewende entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen geplant? Wenn nein, warum nicht?

2

*Ist es tatsächlich Zufall, dass die EEG-Umlage abgeschafft werden soll, diese Entlastung möglicherweise beim Bürger gar nicht ankommt, aber quasi zeitgleich 500 Mrd. € Subventionen für Atom und Gas dem Steuerzahler entzogen werden? Vielleicht weil die EEG-Umlage schon seit Jahren zur Subventionierung von Atom, Gas und der Industrie verwendet wird und jetzt wegfallen soll?*

*Sicher ist Ihnen auch bekannt, dass das angeblich so saubere Erdgas nur dann sauberer als Kohle ist, wenn das bei der Förderung entweichende Erdgas nicht mitgerechnet wird! Immerhin ist weglassen keine Lüge, das Ergebnis aber das Selbe! Auf jeden Fall auch hier unehrlich!*

Ich möchte sie bitten, mir erschöpfende Antworten auf diese, wie ich finde, außerordentlich wichtigen und berechtigten 31 Fragen rechtzeitig vor der nächsten Gemeinderatssitzung mitzuteilen. Da die Projektierung mit der BayWa schon recht fortgeschritten scheint, dürfte es ja recht einfach sein!

Gerne stelle ich ihnen auf Wunsch das Word Dokument zur Verfügung!

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Roger Steinbrenner  
Höhenweg 47  
69434 Hirschhorn  
roger-steinbrenner@web.de  
01607940601

# Fragen zum geplanten Windpark in Investorenhand 16.02.22

---

Folgend Auszüge aus einem Interview, komplett nachlesbar über den Link:

<https://www.deutschlandfunk.de/ich-bin-kein-atomlobbyist-100.html>

Deutschlandfunk Archiv:

## „Ich bin kein Atomlobbyist“

Medienmanager Manfred Bissinger sieht in dem öffentlichen Appell seitens der Atomlobby ein klares Bekenntnis zu Erneuerbaren Energien, das habe ihn zur Mitunterzeichnung bewegt. Es sei eine offene Stellungnahme der Elektrizitätsunternehmen, statt in „Hinterzimmern irgendwelche Geschäfte zu machen“.

Manfred Bissinger im Gespräch mit Dirk Müller | 23.08.2010

**Müller:** Warum sind Sie jetzt ein Atomlobbyist?

**Bissinger:** Ich bin kein Atomlobbyist. Um Gottes willen! Das ist auch keine Atomlobby-Anzeige. Das ist zum ersten Mal der Versuch, dass die Lobby sich öffentlich erklärt, was sie will, und das nicht versucht, in Hinterzimmern durchzusetzen. Insofern ist die Sache außerordentlich zu begrüßen und sie hat einen ganz neuen Schwerpunkt. Es steht in fett gedruckt darin, „Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien“. Das ist eine Erklärung, wie es sie bisher von der Industrie, von den EVU, also den Elektrizitätsunternehmen, noch nicht in dieser Klarheit gegeben hat.

**Müller:** Und deswegen haben Sie mitgemacht?

**Bissinger:** Deshalb habe ich mitgemacht. Ich habe aber auch mitgemacht, weil ich denke, dass Entscheidungen bevorstehen, Milliarden-Investitionen notwendig sind, und dass je früher es Klarheit über die Zukunft gibt, desto besser die geplant werden können. Es geht ja schließlich darum, nicht nur Kraftwerke zu ersetzen, sondern es geht darum, neue Netze zu bauen, denn die regenerativen Energien verlangen neue Einspeisungen und das geht mit den bisherigen Netzen nicht und da muss irgendwie Klarheit für die Unternehmen her, aber auch Klarheit für die Bürger her, weil am Ende sind sie es ja, die dafür das Geld bezahlen müssen.

**Bissinger:** Ach, so würde ich das nicht nennen. Die Kanzlerin ist ja dabei, sozusagen die Meinungen der verschiedenen Protagonisten des Prozesses einzusammeln, um sich dann eine eigene Meinung zu bilden, und dieser Appell ist ja auch dafür gedacht, der Kanzlerin deutlich und offen und ehrlich zu sagen, was man darüber denkt und es eben nicht der Lobby zu überlassen, nun in irgendwelchen Hinterzimmern irgendwelche Geschäfte zu machen, sondern auf dem offenen Markt mit seinen Positionen zu agieren.

**Müller:** Von welcher Lobby sprechen Sie jetzt?

**Bissinger:** Ich meine, von der Energielobby.

**Müller:** Die ist doch jetzt dabei?

**Bissinger:** Die ist ja dabei, ja klar, aber die macht das zum ersten Mal geradeaus und öffentlich und jeder kann es nachlesen und nicht unter dem Tisch.

**Müller:** Sie sagen, maßvoll soll das alles passieren. Das heißt, Atomenergie ist für alle, die unterzeichnet haben, eine Übergangstechnologie?

**Bissinger:** Das ist für alle eine Übergangstechnologie – das geht auch eindeutig aus diesem Appell hervor – und es ist meines Wissens das erste Mal, dass die Elektrizitätsindustrie das so offen und ehrlich einräumt.

**Bissinger:** Irgendwann muss auch wirklich Schluss sein, aber irgendwann ist es ja auch so weit, dass die regenerativen Energien so gut entwickelt sind, dass sie anstelle der Atomkraft treten können. Das ist noch nicht der Fall, aber ich bin ganz sicher, dass das in 20 Jahren, 25 Jahren so weit ist.

**Müller:** Und das sehen die Energiekonzerne auch so?

## Fragen zum geplanten Windpark in Investorenhand 16.02.22

---

**Bissinger:** Das sehen die auch so, ja.

**Müller:** Das sind die Zahlen, die genannt werden, 20 bis 25 Jahre?

**Bissinger:** Ja.

**Müller:** Dann wäre das jetzt ein Streit um Kaisers Bart?

**Bissinger:** Es ist ein bisschen ein Streit um Kaisers Bart, wobei wir dürfen uns jetzt nicht missverstehen. Es geht nicht um die Verlängerung der Laufzeiten um 20 bis 25 Jahre. Das ist wesentlich kürzer. Aber bis jetzt sind ja die Laufzeiten immer noch bis Mitte der 20er-Jahre, und wenn da noch ein paar Jahre draufkommen und wenn dabei sozusagen Geld abfällt, um die regenerativen Energien weiterentwickeln zu können, dann ist das eine sehr positive Entwicklung und ein Streit um Kaisers Bart, wie Sie es nennen.

**Müller:** Herr Bissinger haben Sie auch Zahlen von der Industrie bekommen, wie viele Investitionen, wie viele Milliarden-Investitionen notwendig sind, um die Energie umzustellen?

**Bissinger:** Ja, da gibt es unterschiedliche Zahlen. Das berechnet jedes Unternehmen auf ihre Weise. Aber ich gehe mal davon aus, dass das zwischen 50 und 100 Milliarden liegen wird, weil es müssen ja neue Leitungen gebaut werden, es müssen alte abgebaut werden, es müssen Kraftwerke erneuert werden. Wir haben es ja im Moment ziemlich schwierig. Es geht ja zum Beispiel nicht, dass sie in Deutschland irgendwo noch ein neues Kohlekraftwerk bauen, obwohl die Technik heute so gut ist, dass sich das lohnen würde, weil sie an den Bürgerprotesten scheitern, und sie können nicht, wie man früher mal geglaubt hat, von Atom über Kohle zu Regenerativen kommen, sondern der Weg über die Kohle fällt so gut wie aus.

**Müller:** Wenn wir aus Sicht der Energiewirtschaft die Bundespolitik und die Bundesregierung betrachten, könnte man dann sagen, die schwarz-gelbe Koalition ist auch nicht besser als eine SPD-beteiligte Koalition?

**Bissinger:** Das könnte man so sagen, ja.

**Müller:** Und wer ist daran schuld?

**Bissinger:** Na ja, wer ist daran schuld? Daran ist natürlich die schwarz-gelbe Koalition schuld, weil sie der Energieindustrie große Versprechungen gemacht hat und gesagt hat, wenn wir erst mal dran sind, dann werdet ihr vollkommen frei schalten und walten können. Inzwischen sind sie dran, streiten sich die meiste Zeit und frei schalten und walten kann keiner, was ja auch richtig ist. Es muss ja staatliche Vorgaben in einem solchen Prozess geben.

Pressemitteilung Tagesschau:

*Norwegen könnte mit Strom aus Wasserkraft 60 europäische Atomkraftwerke ersetzen. Mehrere Firmen wollen ein erstes Kabel von Norwegen nach Deutschland verlegen, das Projekt NORGER. So könnte sauberer und billiger Strom (1.400 MW) in beide Richtungen fließen: Überschüssige deutsche Windkraft ließe sich in norwegischen Pumpspeicherkraftwerken speichern und bei Bedarf nach Deutschland zurückholen.*

*Doch es fehlt eine simple Verordnung um das Seekabel ans deutsche Netz anschließen zu können. Für das zuständige Bundeswirtschaftsministerium besteht "kein Änderungsbedarf". Der Bundesverband Windenergie sieht NORGER durch die Bundesregierung blockiert.*

Stand: 3.9.2010, 23.18 Uhr

# Fragen zum geplanten Windpark in Investorenhand 16.02.22

---

Folgend Auszüge aus Artikel:

[https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber\\_den\\_tag\\_hinaus/umwelt/atomlobby\\_beeinflusst\\_politik.html](https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/umwelt/atomlobby_beeinflusst_politik.html)

Do 14.04.2011 | 21:45 | Kontraste

## Reaktorsicherheitskommission - Wie die Atomlobby die Politik beeinflusst

Was haben wir aus Fukushima gelernt? Erstens: Die Bundesregierung hat die Gefahren, die von der Atomkraft ausgehen, falsch eingeschätzt. Zweitens: Wir müssen unsere Atomkraftwerke neu auf Sicherheit überprüfen. Und drittens: Wir brauchen dringend mehr Offenheit und Transparenz in der Atom-Politik. Und was passiert? Die Bundesregierung setzt eine Experten-Kommission ein, die genau nicht dazu beiträgt, unser Vertrauen in die Politik wiederzugewinnen. Manka Heise und Chris Humbs mit Einzelheiten.

Aus Angst, dass Ähnliches auch bei uns passieren könnte, soll nun die Sicherheit aller 17 deutschen Reaktoren auf den Prüfstand gestellt werden. Von Experten der so genannten Reaktorsicherheitskommission. All das sollen die Bürger nachvollziehen können - das zumindest versprach Bundesumweltminister Röttgen.

### **Norbert Röttgen (CDU), Bundesumweltminister**

*„Der Prozess ist ein öffentlicher Diskurs, eine gesellschaftliche Debatte über Energiepolitik und ihre Grundlagen und darum müssen auch die Grundlagen öffentlich zugänglich sein.“*

Hier im Bundesumweltministerium tagt die Reaktorsicherheitskommission - kurz RSK. Diese Fachleute sollen während des dreimonatigen Moratoriums die fachlichen Grundlagen für die anstehenden politischen Entscheidungen erarbeiten.

### **Doch von der versprochenen Offenheit ist bei den RSK-Mitgliedern nichts zu spüren.**

Niemand will auf unsere Fragen antworten:

#### **Mitglied**

*„Kein Kommentar, kein Kommentar.“*

#### **Mitglied**

*„Im Augenblick sage ich da gar nichts dazu.“*

Der Vorsitzende der RSK, Rudolf Wieland, verteidigt dieses Verhalten.

#### **KONTRASTE**

*„Warum muss die RSK geheim tagen?“*

#### **Rudolf Wieland, RSK-Vorsitzender**

*„Die tagt immer ohne öffentliche Beteiligung.“*

#### **KONTRASTE**

*„Warum?“*

#### **Rudolf Wieland, RSK-Vorsitzender**

*„Das ist ganz normal, dass man seine Sachen auch in Ruhe austauschen kann, ohne dass sich Dritte gleich mit einmischen.“*

Eine Einmischung oder gar Diskussion ist nicht erwünscht. Denn die Satzung der RSK legt eindeutig fest:

#### **Zitat**

*„Die Mitglieder der Kommission werden...zur Wahrung der Vertraulichkeit...verpflichtet.“*

### **Eine Satzung, für die der Umweltminister selbst verantwortlich ist. Norbert Röttgen hat also falsche Versprechungen gemacht. Wir Fragen beim Ministerium an. Dort heißt es jetzt:**

#### **Zitat**

*„...durch die Vertraulichkeit...sollen die RSK-Mitglieder vor einer externen Beeinflussung geschützt ... werden.“*  
So verhindert man jegliche Kontrolle.

In Mainz treffen wir den ehemaligen Vorsitzenden der RSK, Lothar Hahn. Der Physiker kritisierte schon seit Jahren die Geheimnistuerei in der Kommission. Doch mit seiner Forderung nach mehr Transparenz konnte er sich bei Politik und Atomindustrie nicht durchsetzen.

# Fragen zum geplanten Windpark in Investorenhand 16.02.22

---

**Lothar Hahn, ehemaliger RSK-Vorsitzender**

*„Es ist wirklich ein Problem, die fehlende Transparenz der Arbeiten bei der RSK und ihren Ausschüssen. Das müsste radikal verändert werden.“*

**KONTRASTE**

*„Wann?“*

**Lothar Hahn, ehemaliger RSK-Vorsitzender**

*„Sofort! Die Möglichkeit besteht ja. Wenn nicht jetzt, wann dann?“*

Nicht nur die Politik, auch die aktuellen RSK-Mitglieder selbst scheinen wenig Interesse an Transparenz zu haben. Die Internetseite der Kommission sagt kaum etwas über ihre Mitglieder aus. Wir versuchen mehr herauszufinden, schauen uns einige der 16 Experten genauer an.

Da gibt es zum Beispiel RSK-Mitglied Erwin Fischer. Erwin Fischer ist nicht nur RSK-Mitglied. Er ist zugleich technischer Leiter des Atomkraftwerkes Isar 1 und 2 in Bayern. Mit uns will er nicht reden.

Isar 1 gilt als Pannenreaktor. Seit Inbetriebnahme verzeichnete der Betreiber e.on 280 meldepflichtige Störfälle. Der veraltete Meiler ist kaum gegen Flugzeugabstürze oder Terrorangriffe gesichert. Deshalb musste Isar 1 gleich zu Beginn des Moratoriums vom Netz.

Gerade für Altmailer wie Isar 1 sollen von der Reaktorsicherheitskommission neue, weitergehende Sicherheitskriterien definiert werden. Doch noch bevor die Kommission überhaupt getagt hat, weiß Erwin Fischer, dass sein Kernkraftwerk allen Anforderungen standhalten wird. Dem Bayerischen Rundfunk sagte er:

**Erwin Fischer, 15.03.2011, e.on**

*„Aus unserer Sicht ist das klar, dass wir die sicherheitstechnischen Anforderungen hier erfüllen.“*

Der Mann von e.on ist offensichtlich in einem Interessenskonflikt. Trotzdem ist er bis heute Mitglied der Reaktorsicherheitskommission.

Ein anderer RSK-Mann ist Ulrich Waas. Er arbeitet für den Großkonzern Areva. Der Konzern ist eines der weltweit führenden Unternehmen in der Nukleartechnologie. Areva baut und wartet Atomkraftwerke und beliefert Betreiber mit Kernbrennstäben. Ein deutscher Ausstieg aus der Atomkraft würde für die Firma einen herben finanziellen Verlust bedeuten.

Waas hat sich immer vehement für Atomenergie eingesetzt. Er schrieb die Bibel der Kernenergie, die bis heute wegweisend für die Öffentlichkeitsarbeit der Atomlobby ist. Wir wollen Ulrich Waas fragen, wie er mit diesem Interessenkonflikt umgeht. Der Pressesprecher seines Arbeitgebers Areva schickt uns wieder weg.

Ein weiterer Vertreter der RSK ist Reinhard Kohl, vom TÜV Süd Industrie Service. Eine Haupteinnahmequelle der speziellen TÜV-Abteilung sind millionenschwere Gutachten zu Kernkraftwerken. Viele abgeschaltete Kernkraftwerke würden drastische Einnahmeverluste bedeuten. Auch Kohl will nicht mit uns über seine Arbeit in der RSK sprechen.

Über die Hälfte der RSK-Mitglieder ist der Atomlobby zuzuordnen. Bei strittigen Fragen entscheidet letztlich die einfache Mehrheit. Ein Problem für die Glaubwürdigkeit der RSK.

**Lothar Hahn, ehemaliger RSK-Vorsitzender**

*„Die Interessenskonflikte die auftreten können, sind nun mal da. Das können wir nicht wegreden.“*

Mit Transparenz, glaubt Hahn - gerade jetzt, während des Moratoriums -, könnte man das Misstrauen zumindest etwas eindämmen:

**Lothar Hahn, ehemaliger RSK-Vorsitzender**

*„Denn jeder, der sich öffentlich rechtfertigen muss für seine Meinung, also kontrolliert wird in Anführungsstrichen, kann sich nicht Abhängigkeiten leisten.“*